

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeleg „Die Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Gemein“. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Danzig, das Saar und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ostpreußen 24.— M., für das übrige Ausland 28.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die Jahrgangsposteneinsparung über den Namen kostet 8.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das jetzige Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 4.50 M. netto pro Zeile. Die Gesandtschaft in Warschau: das jetzige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Schacher mit Staatseigentum

Ein unsauberer Handel

Seit Beginn des Jahres 1921 bemühen sich die Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats und — der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die Duisburg-Ruhrorter Häfen in ihre Hand zu bekommen.

Der Bergarbeiterführer Hue brachte im „Vorwärts“ am 5. November 1921 einen Artikel, der sich mit diesen Bestrebungen befaßte und auf die eigenartige Haltung der Regierung hinwies. Es wurde dort, wie wir seinerzeit berichteten, ausgeführt, der Aufsichtsrat des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats habe in seiner Sitzung vom 21. April beschlossen, als Anteil am Stammkapital der neu zu bildenden sogenannten gemeinschaftlichen Betriebsgesellschaft der Duisburg-Ruhrorter Häfen 650 000 Mark zu bewilligen. Einen gleichlautenden Beschluß faßte das Kohlenkontor, wie auch der Bergbauverein. Auf eine Anfrage des Abg. Hue erklärte die Staatsregierung am 3. November vorigen Jahres, daß weder das Handelsministerium in Preußen, noch die Staatsregierung sich mit einem solchen Plan der Umgestaltung der Hafenanlagen befaßt habe.

Am Freitag, den 20. Januar, beschäftigte sich im preussischen Handelsministerium eine Sitzung mit derselben Frage. Neben den Vertretern der rheinisch-westfälischen Großindustrie, des Kohlsyndikats und anderer Interessenten, nahmen unter Vorsitz des Handelsministers Siering die leitenden Beamten des Handelsministeriums und die Vertreter der einzelnen Fraktionen des Landtages im Ausschuß zur Förderung preussischer Verkehrsinteressen an der Sitzung teil.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns berichtet: Nach einer kurzen Einleitung des Ministers verles der Oberbürgermeister Dr. Jares-Duisburg die Notwendigkeit der Umstellung der Hafenerwaltung zu begründen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß es zur Freimachung von bürokratischen Hemmnissen nicht genüge, die Verwaltung vom preussischen Etat loszulösen. Um wirkliche Erfolge zu erreichen, sei die Bildung einer gemeinwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m. b. H. oder, was noch besser wäre, einer Aktiengesellschaft vorzunehmen. Eventuell sei auch die Anlage von Verpachungen. Ein derartiges Vorgehen sei schon deswegen geboten, weil die staatlichen Mittel in ganz kurzer Zeit nicht mehr zur Weiterführung des Betriebes ausreichen dürften. Mit anderen Worten heißt das, daß die Großkapitalisten dem Staat keine Mittel mehr zur Verfügung stellen wollen, wenn ihr Plan nicht gelingen sollte.

Der Großindustrielle Kläuner betonte, daß eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nicht finanzkräftig genug sei, es käme nur die Bildung einer Aktiengesellschaft in Frage. Diese Umwidmung sei notwendig, weil der Staat auf die Dauer die notwendigen Mittel nicht aufbringen könne und sich Private zur Übernahme der Staatsoptionen nicht bereit finden würden. Wir sollten uns mit dem Gedanken abfinden, daß wir in einigen Jahren keine Staatsbetriebe mehr haben würden. Der Unternehmer in der Industrie wolle bei dieser Umstellung kein Geld verdienen oder ein Geschäft machen, sondern er bringe das „Opfer“, dem Staat die Betriebe abzunehmen, wofür man ihm eigentlich dankbar sein müsse.

Von anderer Seite wurde auf die ungenügende Hafentiefe und die angeblich mangelhaften Lück- und Ladeeinrichtungen hin-

gewiesen, die als Grund zu einer Umgestaltung der Verwaltung angegeben wurden.

Der volksparteiliche Abgeordnete Engberding glaubt schon viel gewonnen zu haben, wenn man sich heute und für alle Zukunft befleißige, das Wort Entstaatlichung nicht mehr zu gebrauchen. Im übrigen stellte er fest, daß Herr Ministerialdirektor Krohne vom Handelsministerium

sich tatkräftig an den Vorarbeiten beteiligt, den Vertragsentwurf mitgemacht und ausgearbeitet sowie warm für die Entstaatlichung der Häfen eingetreten sei. Diese Tatsache wird wiederholt von anderer Seite bestätigt.

Von rechtssozialistischer Seite nahmen Hue und Kläuner in klarer Weise gegen den Raub des Staatseigentums Stellung. Es wurde einmündig nachgewiesen, daß die Schäden im Wasserstand des Hafens auf die Vernachlässigung während der Kriegszeit zurückzuführen seien; soweit von einer mangelhaften Instandhaltung der Lück- und Ladeeinrichtungen überhaupt die Rede sein könne, treffe dieselbe Grund zu. Es wurde festgestellt, daß mit den Kippanlagen, die heute 6000 Tonnen Kohlen täglich bearbeiten, im Jahre 1913 bis zu 32 000 Tonnen täglich geschafft werden konnten und daß infolge der ungenügenden Ausnutzung der Kippanlagen die Verwaltung dem Kohlsyndikat Ripper zum Kauf angeboten habe. Aus alledem gehe hervor, daß es nur darauf ankomme, Gründe zu suchen, um in der Öffentlichkeit eine Rechtfertigung für das Vorgehen der Großindustrie zu finden.

Von unserer Fraktion führte Genosse Jürgensen aus: Das Vorgehen der großindustriellen Kreise sei nur darauf gerichtet, die Verkehrswege in die Hand zu bekommen, um so nicht nur einen viel mehr wie heute ausschlaggebenden Einfluß auf die deutsche und ganze mitteleuropäische Wirtschaft, bis hinunter zum Schwarzen Meer, zu gewinnen, sondern um dadurch wiederum auf die Regierungsform der Einzelstaaten, und des Reiches ihren für die wertvollste Bevölkerung so unheilvollen Einfluß geltend machen zu können. Notwendigen Verbesserungen an den staatlichen Anlagen werden wir stets zustimmen. Aber wir müssen uns unter allen Umständen gegen die Verschleuderung des Staatseigentums an das Privatkapital mit allen Mitteln wenden.

Ueber das eigenartige Verhalten der Regierungsvertreter, der Vertreter der Bergbauverwaltung im Kohlsyndikat bis zum Ministerialdirektor Krohne wird jedenfalls im Landtage Klarheit geschaffen werden müssen. Es liegt zweifellos fest, daß alle Staatsbeamten, die an diesem Plan mitgewirkt haben, zum mindesten der Auslieferung des Staatseigentums, das sie eigentlich schützen sollten, Vorwurf geleistet haben. Herr Minister Siering hat nunmehr das Wort, der versprochen hat, zur Entbürokratisierung der Verwaltung der Häfen dem Landtag eine Vorlage zu machen.

Soweit der Bericht. Wie Minister Siering die Beamten auch noch in Schutz nehmen konnte, deren schuldhaftige Beteiligung an der höchst unsauberen Angelegenheit zweifellos nachgewiesen wurde und die es zum Ueberfluß noch unterlassen haben, dem Minister zu berichten, verstehen wir einzuweichen nicht. Auch dafür wird der Minister im Landtag noch Erklärungen abzugeben haben, wie es denn überhaupt notwendig ist, daß der Landtag in diesen seltsamen Betrieb gehörig hineinleuchtet. Er wird zu entscheiden haben, was mit Beamten zu geschehen hat, die im Geheimen Vorkerkungen treffen, um das Eigentum der Gesamtheit an private Interessenten zu verschieben.

Kurzarbeit und Affordsystem

Seit Monaten herrscht bei allen Beobachtern der wirtschaftlichen Lage die übereinstimmende Auffassung, daß die gegenwärtige Konjunktur in nicht ferner Zeit einer neuen Krise mit großer Arbeitslosigkeit weichen wird. Wann dieser Zeitpunkt eintritt, ist zweifelhaft. Die Konjunktur beruht auf dem Niedergang des Markkurses. Sie wird schneller vorübergehen, wenn die internationalen Verhandlungen über das Reparationsproblem bald eine für Deutschland günstige Wendung nehmen und wenn der Kredit Deutschlands im Ausland sich damit bessert. Sie kann noch längere Zeit andauern, wenn das Gegenteil geschieht. Immerhin ging aus zahlreichen, schon vor Wochen gefallenen Äußerungen von Behörden, Gewerkschaften und anderen an der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beteiligten Stellen hervor, daß es nach der allgemein geteilten Auffassung Zeit sei, sich auf die Begegnung der einschneidenden Wirkungen großer Erwerbslosigkeit vorzubereiten.

Leider fehlt es noch immer an übersichtlich geordnetem Material zur Beurteilung der Wirkung der früher zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffenen Maßnahmen, so der produktiven Erwerbslofenfürsorge, der Arbeitsstreckung usw. Jedenfalls ist das Material der Öffentlichkeit noch nicht in verwertbarer Form zugänglich gemacht worden. Die Ausnutzung der in früheren Krisen gemachten Erfahrungen zur wirksameren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Zukunft ist darum ungemein schwer.

Aber zu den bedeutsamsten Mitteln zu diesem Zweck gehörte bei der jüngsten Finanzkrise die Arbeitsstreckung durch Kurzarbeit. Auch ihre Wirkung im ganzen ist schwer abzuschätzen. Einwandfreie Gesamtzahlen über ihren Umfang fehlen gänzlich. Einige Hinweise über die Wirkung der Kurzarbeit finden sich verstreut in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1920, aber auch sie geben kein Gesamtbild. Aber auch Einzelerkenntnisse auf diesem für die mit großen Opfern an der Kurzarbeit beteiligten Arbeiterklasse besonders wichtigen Gebiete sind beachtenswert. Sehr gut verwendbare Auszüge aus den Gewerbeaufsichtsberichten veröffentlicht Rätke Gaebel regelmäßig in der „Sozialen Praxis“, und einem solchen Referat entnehmen wir eine Stelle, die zum Nachdenken Anlaß gibt. Nach einigen Zahlen über den Umfang der Kurzarbeit in einem Berliner Großbetrieb, wonach Ende Juni 1920 23 Prozent, am 1. August 44 Prozent, am 1. September 58 Prozent, am 1. Oktober 47 Prozent, am 1. November 55 Prozent, am 1. Dezember 47 Prozent und 31. Dezember 44 Prozent der Beschäftigten verkürzt arbeiteten, heißt es kurz und trocken:

„Mitunter konnten die Affordarbeiter durch intensive Arbeit den Ausfall an Arbeitszeit in erheblichem Maße ausgleichen.“

Das zeigt, daß keinerlei Anlaß vorliegt, von einer Wirkung der Kurzarbeit schon dort zu reden, wo schematisch eine Verkürzung der üblichen Arbeitsstunden stattgefunden hat. Wenn die Affordarbeiter den Lohnausfall, der durch die Kürzung der Arbeitsstunden eintritt, wieder ausgleichen durch „intensive Arbeit“, dann haben sie damit jede auf Arbeitsstreckung zugunsten der Einstellung von Arbeitslosen oder der Vermeidung von Entlassungen abzielende Wirkung der Kurzarbeit vollends wieder auf. Nicht die Arbeitsstunden sollen verkürzt werden, sondern die Arbeitsleistung.

Wir möchten nicht verkümmern, die Aufmerksamkeit der maßgebenden Organe der Gewerkschaften auf diese bemerkenswerte Erscheinung zu lenken.

Was ist's mit der Kurzarbeit? Sie gründet sich gesetzlich auf die Verordnung vom 12. Februar 1920 betreffend Arbeitsstreckung, ist aber nicht durchführbar — oder doch mindestens nicht zu höchster Wirksamkeit zu bringen — ohne den Willen der Arbeiter und Angestellten. Nur wenn sich gegenseitige Absicht und Wille der Arbeiterklasse im Ziel begegnen, kann die Kurzarbeit in wirksamer Weise durchgeführt werden. Beide Bestrebungen trafen sich, weil das Interesse der Arbeiterklasse sich deckte mit dem Interesse der gesamten Gesellschaft. Darum gaben die Gewerkschaften die Parole: Kurzarbeit! aus. Das gemeinsame Ziel war die möglichst rationelle Anwendung aller vorhandenen Arbeitskräfte und die Befreiung der Beschäftigten von der Verdrängung der Arbeiterkraft — zum Nutzen dieser Arbeitskräfte selbst, wie zum Vorteil der wirtschaftenden Gesellschaft, deren gemeinsames Interesse formullert wird durch das geltende Recht, wenn auch gerade auf diesem Gebiete noch recht unzulänglich. Es liegt hierin der schärfere sprichende Reim zu einer gemeinwirtschaftlichen Auffassung, in dem das Bewußtsein schlummert, daß Anwendung und Brauchlegung von Arbeitskraft, Einstellung oder Entlassung von Arbeitern und Angestellten nicht allein Sorge und Recht der einzelnen Individuen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), sondern Angelegenheit des Volksganzen, der Gesellschaft, ist. Hierin liegt der letzte Sinn der gesetzlich angeordneten und von den Gewerkschaften geforderten Kurzarbeit. Sie ist

Um das Steuereinkompromiß

Während der gestrigen Plenarsitzung des Reichstages begannen, wie berichtet wird, die bereits angekündigten Verhandlungen zwischen den Steuerfachverständigen des Zentrums und der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion. Die Rechtssozialisten unterstehen dabei vor allem ihre Forderungen in der Frage der Einkommensteuern, ohne daß die Verhandlungen über diese Steuerart schon einen Abschluß gefunden hätten. Eine bedeutende Rolle in der gegenständlichen Aussprache spielte die Frage der Zwangsanleihe. Auch hier ist bisher eine völlige Klärung nicht geschaffen worden. Von den Rechtssozialisten wurde überdies ihre bekannte Forderung der Steuerberechnung nach dem gemeinen Wert in den Vordergrund geschoben.

Diese Verhandlungen des Zentrums mit der Sozialdemokratie erregen den lebhaftesten Jörn der Rechten, die am liebsten die Steuern mit einer rein bürgerlichen Mehrheit ganz nach dem Willen der Deutschnationalen machen möchte und hofft, bei dieser Gelegenheit sich auf das verhasste Kabinett Wirth stürzen zu können. So schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Nach den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ hält man den Plan einer Goldanleihe unter Umständen für geeignet, zu einer Verständigung zu kommen. Das bedeutet Erlassung der Sachwerte mit anderen Worten und dürfte für die bürgerlichen Parteien unannehmbar sein. Aber man rechnet ja auf sozialdemokratischer Seite mit der Zustimmung der Unabhängigen und arbeitet eifrig daran, die Regierung nach links zu erweitern. Auf diese Weise hofft man, die Mehrheit für die

Steuergesetze zu erhalten. Was das Zentrum zu diesem einseitigen Liebeswerben nach links hin sagen wird?

Nur eins scheint bei alledem festzustehen, daß niemand von den beteiligten Parteien eine Regierungsteilschiff als Neumachen will, jeder Herr Wirth behalten und an der Kruppe bleiben möchte, selbst auf Kosten von Zugeständnissen, die nur in verklärter Form gegeben werden sollen, um nicht zu sehr der Agitation der weiter linksgerichteten Genossen ausgeliefert zu sein, zumal sich die Sozialdemokratie durch dauernde Betonung der Sachwertverfassung reichlich festgehalten hat. Sie ist zwar ans Revidieren noch anfänglich als unerlässlich hingestellten Grundforderungen gewöhnt, hat es aber immer teuer bezahlen müssen und geht diesmal tatig klug und vorständig vor, indem sie, „den politischen Notwendigkeiten Rechnung tragend“, noch möglichst viel für sich bei dem Handel herauszuschinden hofft.“

Die Herren mögen sich allerdings gesagt sein lassen, daß die Arbeiterklasse sich auch von einer bürgerlichen Regierung nicht willenlos alle Lasten aufbürden lassen würde, von denen die Herren Hefflerich und Westarp die Bescheideneren möchten.

Nach den Beschlüssen des Reichstags am Freitag, soll neben mehreren Vorlagen am Sonnabend die Interpretation der Deutschnationalen über die Wirtschaftstage in Östpreußen besprochen werden. Am Montag wird das Reichsschulgesetz zur ersten Beratung kommen. Am Dienstag beginnt die große politische Aussprache und vom 30. Januar ab wird die erste Lesung des Etats für 1922 stattfinden.

Der Papst ist schwer erkrankt. Es wurden ihm bereits die Sterbesakramente gereicht.

bert vom einzelnen Arbeitenden ein Opfer für dieses so erkannte Interesse der Gesamtheit. Und der Wille der Arbeiter, im Sinne der Arbeiterklasse zu handeln und das Opfer zu bringen, war — im allgemeinen — so stark, daß die entgegengekehrte, nur das Interesse einer Gruppe, nämlich der Arbeitslosen, verfolgende und die Gesamtarbeiterklasse damit zerlegenden Parole: „Hinein in die Betriebe!“ nicht dagegen aufkommen vermochte.

Und nun sehen wir plötzlich, daß das erwähnte Opfer in manchen Fällen — über den Umfang der Erscheinung besteht leider keine Klarheit — nur zum Schein gebracht worden ist. In diesen Fällen liegt doch das Einzelinteresse über das Gesamtinteresse, das heißt, die letzte sittliche Reife für die Durchführung gemeinsamer Ziele unter Opfern für den einzelnen war nicht vorhanden.

Wir wollen diesen Vorgang nicht verallgemeinern. Wir sagten schon, daß über den Umfang der Erscheinung keine Klarheit besteht, aber wir glauben auch, daß diese Manieren keine allzu große Verbreitung erfahren haben. Schuld an solchem Verhalten des Mittels der Kurzarbeit ist das Entlohnungssystem: die Akkordarbeit. Vor gar nicht langer Zeit wurde sie uns gepriesen als ein probates Mittel zur Überwindung der Wirtschaftskrise, als ein dringendes Erfordernis der gesamten wirtschaftenden Bevölkerung ohne Unterschied der sozialen Stellung. Die auf diesen Ton gestimmten schmeicheleichen Reden begeisteter Propheten haben viel dazu beigetragen, daß das berechnete Mißtrauen der Arbeiterklasse gegen die Akkordarbeit nachließ und dieses Entlohnungssystem in größerem Umfange wieder zur Einführung kam. Jetzt zeigt sich, daß dieses System den Interessen der Gesamtheit mit derber Faust ins Gesicht schlägt, und zwar in einem ungemein wichtigen Falle. Das Akkordlohnssystem fördert den Egoismus des einzelnen heraus und zerstört das Gefühl der Solidarität. Es verhindert solidarische Handeln, wo dieses mit Opfern für den einzelnen verknüpft ist.

Wir werden nun die Akkordarbeit nicht kurzerhand abschaffen können. Aber Gewerkschaften und Betriebsräte müssen in Zukunft darauf achten, daß dort, wo die Akkordarbeit ihre zerlegenden Wirkungen übt, die geistigen und sittlichen Voraussetzungen für die Kurzarbeit geschaffen werden durch eine Festigung des Solidaritätsbewußtseins in der Arbeiterklasse. Und auch die Forderung, daß der Unternehmer den größeren Teil des durch Kurzarbeit entstehenden Lohnausfalles zu zahlen hat, gewinnt in dieser Beleuchtung neue Bedeutung. Geschähe das, dann hat auch der Akkordarbeiter keinen Anlaß mehr, sich selbst und seine Klassen-genossen durch „intensive Arbeit“ zu betrügen.

Ministerkonferenz in Berlin

W. L. B. teilt mit: Die Konferenz der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder begann gestern vormittag 11 Uhr in der Reichskanzlei und dauerte mit einer kurzen Unterbrechung bis in den späten Nachmittag. An den Verhandlungen, bei denen der Reichskanzler und später der Vizekanzler den Vorsitz führten, nahmen außer den Reichsministern die Regierungschefs aller 18 Länder oder ihre Vertreter sowie die Berliner Gesandten der Länder teil. Die Sitzung wurde eröffnet durch eine einleitende Begrüßungsansprache des Reichskanzlers. Darauf erstattete Reichsminister a. D. Dr. Rathenau ausführlich Bericht über seinen Aufenthalt in London und Paris und über die Konferenz in Cannes. In das Referat Dr. Rathenaus schloß sich zunächst eine Aussprache über die außenpolitische Lage an, in deren Verlauf einzelne Regierungschefs, namentlich die Ministerpräsidenten von Preußen, Bayern und Württemberg, ihren vollen Verständnis für die Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik Ausdruck gaben und den festen Entschluß ihrer Regierungen bekundeten, auch weiterhin in allen Gefahren treu zum Reich zu stehen. Die Ministerpräsidenten regten an, die Reichsregierung möge durch ähnliche Konferenzen die Regierungen der Länder über die schwebenden Fragen der Politik stetig auf dem Laufenden halten.

Der Reichskanzler und Dr. Rathenau erteilten hierauf auf eine Reihe von Anfragen Aufschluß; der Reichskanzler erklärte, die Regierung werde der Anregung zur gemeinsamen Besprechung mit den Regierungen der Länder bereitwillig nachkommen. Hierauf trat die Konferenz in die Erörterung innerpolitischer Fragen ein. Vizekanzler Bauer schloß die Konferenz mit dem Dank der Reichsregierung an die Vertreter der Länder.

Die Deutschen Werke

Noch keine endgültige Entscheidung

Der Botschafterrat hat der Deutschen Regierung nur eine kurze Mitteilung betreffend die Deutschen Werke gemacht, die jedoch keine weiteren Schlüsse zuläßt. Infolge dieser Unsicherheit hat sich der Arbeiterchaft der Deutschen Werke, wie W. L. B. misdet, eine große Erregung bemächtigt. Der Zentralbetriebsrat des Konzerns der Deutschen Werke hat demzufolge erneut eine Verhandlung bei dem Präsidenten der Interalliierten Militärkontrollkommission General Rollet nachgesucht. In der heute stattgefundenen Verhandlung erklärte Rollet dem Betriebsrat, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission zur Zeit noch über die einzelnen Fragen Beratungen pflege und die endgültige Entscheidung erst in ca. zehn Tagen zu erwarten sei.

Halbe Arbeit

Gnadenerweise für Märzverurteilte

Der preussische Justizminister Dr. Am Jahnhoff hat unter dem 10. Januar d. J. eine allgemeine Verfügung betreffend Herbeiführung von Gnadenerweisen bei Verurteilung wegen einer in Verbindung mit der Aufstands- und Arbeiterbewegung vom März 1921 begangenen Straftat erlassen. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, heißt es in der Verfügung u. a.:

„Der Herr Reichspräsident hat sich entschlossen, in welchem Umfange denjenigen durch außerordentliche Gerichte des Reichs Verurteilten den Rest der Strafe bedingt zu erlassen, die insgesamt nicht mehr als ein Jahr Freiheitsstrafe zu verbüßen haben. Um unbillige Härten gegenüber solchen Personen zu vermeiden, die wegen einer in Verbindung mit der Aufstands- und Arbeiterbewegung vom März 1921 begangenen Straftat durch ein ordentliches Gericht verurteilt sind, soll geprüft werden, ob hinsichtlich dieser Verurteilten, soweit ihnen, einschließlich der in Anrechnung gebrachten Untersuchungshaft aber nach Bildung einer Gesamtschuld, eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahr auferlegt worden ist, die Herbeiführung eines Gnadenerweises oder die Gewährung bedingter Strafaussetzung geboten erscheint.“

„Zu erweilen ist die Strafvollstreckungsbehörde (Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte), die solche Verurteilten betreffenden

Allen alsbald den Bewährungsbescheid für Gnadenlassen vorzulegen. Die Bewährungsbescheide für Gnadenlassen sollen prüfen, ob die Unterbrechung der Strafvollstreckung angezeigt ist, und sodann die Akten dem Gericht zur Entscheidung über die Gewährung bedingter Strafaussetzung vorlegen. Beschließt das Gericht die Aussetzung der Strafe bzw. der noch zu verbüßenden Reststrafe, so bedarf es keiner Verurteilung. Belehnt das Gericht die Aussetzung der Strafe ganz oder zum Teil ab, so ist nach Anstellung der erforderlichen Ermittlungen sowie nach Anhörung der Staatsanwaltschaft und des in Gnadenlassen tätigen Rechtsanwalts mit möglicher Beschleunigung über die Herbeiführung eines Gnadenerweises oder die Gewährung bedingter Strafaussetzung zu berichten. Der Berichterstatter bedarf es in diesen Fällen jedoch nicht bei solchen Verurteilten, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr vollendet hatten und nach der übereinstimmenden Ansicht der an der Bearbeitung von Gnadenlassen beteiligten Stellen wegen erheblicher Vorstrafen oder schlechter Führung in der Strafbüchse eines Gnadenerweises unwürdig erscheinen.“

Das ist ein langer Sermon und ein ebenso langer Instanzenzug. Viel Zeit wird vergehen, bis diese Aktenwägerei und Berichterstatterung geschehen ist, und wir fürchten, daß die Opfer des Märzwahnsinns ihre Strafe inzwischen restlos verbüßt haben, zumal die Verordnung nur auf die angewendet werden soll die nicht mehr als ein Jahr Freiheitsstrafe bekommen haben. Dann ist die Verordnung unwillkürlich, aber der Reichspräsident hat doch den guten Willen gezeigt. Jedoch darauf pfeift die Arbeiterklasse. Sie kann sich nicht mit dieser unzulänglichen Gnadenverordnung begnügen, sondern muß die Befreiung aller unschuldigen Opfer des Osterpulses durch die Amnestie fordern.

Durchsichtige Mordheze

Die langwierige Justiz

Das Hamburger nationalsozialistische Blättchen „Die Reichsflagge“, aus dem wir kürzlich bereits eine Probe zitierten, ist bestrebt, sich auf dieser geistigen Höhe zu halten. In einem Aufsatz, der in mehreren Nummern des feinen Organs abgedruckt ist und in dem Max von Baden, Scheidemann, Ebert und Herr v. Payer des Hoch- und Landesparlaments angeklagt werden, heißt es:

„Die Stunde kommt. Wenn der deutsche König erscheint, vollstreckt er die Strafen, die das Reichsstrafgesetzbuch auf Hochverrat setzt. Rest es nach: Todesstrafe, Ehrverfall. Bis dahin mögen die Genannten ihr Heil in der Flucht suchen. Die Frist ruhen Sie! — Sonst ist ihnen Eizbergers Schicksal gewiß.“

Ein weiterer Artikel in Nummer 1 wirft die Frage auf, ob der Herr Reichskanzler Josef Maria Wirth an Varanola oder Dementia leide und entscheidet sie, es sei Dementia. Wirth sei von dem Todfeind Deutschlands, Briand, gelobt worden, daß er die Verpflichtungen gegenüber Frankreich loyal erfülle; ein solcher Mann dürfe nicht 12 Stunden länger Kanzler sein. „Ich mag ihn hier bewußt lächerlich. Er soll endlich gehen, dieser unglückselige. Warlich ein Volk, das sich Wirth, das sich einen Dr. Köster, einen Sprenging als Minister aufstumpfen läßt, ist wert, endgültig in den Morast zu kommen mit seinem Staatswagen. Jetzt muß diese merkwürdige Ministergesellschaft springen. Nach dem 15. Januar ist keine dieser Leuchten mehr am Ruder.“

Der übrige Inhalt des Blättchens entspricht ganz den gegebenen Truben. Die Jesuiten haben Erzberger ermordet. Juda lenkt überall die Figuren. Rathenau's Auftreten in Cannes wird so lächerlich als möglich gemacht und ihm ihm gelagt, er bleibe trotzdem „ein grauer Mann“. Ein weiterer Aufsatz bringt die Erklärung, daß in keinem Lande der Welt so schamlose Korruption herrsche, so schamlos mit den Ministerposten gehandelt werde und so sehr Schändelude mit der Staatsautorität getrieben werde, wie in Deutschland. Deutschland sei an Ansehen und Ehre unter Venezuela und Haiti gesunken.

Ein Aufsatz über den „Dolchstoß“ lächelt mit den schönen Worten:

„Die deutsche Front ist von Judenhand von hinten erdolcht worden. Die Tat schreit nach Rache! Sie steht vor der Tür. Wir stehen den roten Frontkämpfern den tödlichen Stoß mitten ins Herz.“

Damit nicht etwa ein Irrtum in den gemeinten Personen entsteht, werden in jeder Nummer die Namen des Kanzlers und namentlich des Dr. Rathenau, der den dreifachen Fluch der Juden an Deutschland vollziehen wolle, genügend oft genannt.

Wir haben bis jetzt noch nichts davon gehört, daß der Staatsanwalt dieser Schreibweise, die an Verleumdung und durchsichtiger Mordheze das Menschenmögliche leistet, keine Aufmerksamkeit zugewendet hätte. Diesen fanatischen Ergüssen gegenüber verblaßt alles, was je in ultraradikalen Arbeiterblättern an Unmöglichkeiten verbrochen wurde. Allerdings hat der Staatsanwalt nicht lang gefaselt, wenn es sich um Vergehen von links handelte. Die Feststellung dieser Tatsache enthält zugleich das Elend unserer gegenwärtigen Justiz.

Die Devisenkurse steigen

In den letzten Wochen sind die Devisenkurse fast dauernd gestiegen, so daß der Dollar bereits wieder einen Stamm von fast 200 erreicht hat. In der gestrigen Börse wurde er am 19. mit 197 notiert. Dieses dauernde Sinken des deutschen Geldwerts ist die Folge des gewaltig gestiegenen Notenumlaufs, der im Monat Dezember um mehr als 12 Milliarden Mark zugenommen hat. Da sich die Annahme als unrichtig erwiesen hat, daß diese Zunahme nur durch den alljährlich gegen Schluß des Jahres eintretenden großen Bedarf des Geldmarktes verursacht sei und sich bald erheblich vermindern werde — der Notenumlauf ist nach dem jetzt veröffentlichten Reichsbankausweis nur um etwa 1/2 Milliarde geringer —, so hat das ein weiteres Sinken des Zutrauens zur Mark zur Folge gehabt. Die Flucht in die Sachwerte scheint wiederum stärker zu werden. Bei großen Umsätzen am Effektenmarkt wurden auch erhebliche Kurssteigerungen verzeichnet.

Militaristische Ueberhebung

Der Vorsitzende der Maliner Jüdische des Reichswehrmüßensverwaltung und Vertreter des Reiches beim Oberkommando der französischen Rheinarmee, Oberregierungsrat Lang, hatte sich wegen ang. blich ungebührlichen Verhaltens gegenüber einem französischen General vor dem französischen Militärgericht zu verantworten. Die Besitzerin des Hauses, in dem der General in Wiesbaden seine Wohnung hat, lies durch ihren auswärtig wohnenden Bruder, brieflich beim Reichsministerium des Innern um Räumung der Wohnung nachsuchen. Der Brief enthält einige Bemerkungen gegen den General und gegen Frankreich, die von der Befehlshaberbehörde als Beleidigung aufgefaßt wurden.

Der Angeklagte hatte aus dem ihm vorchriftsmäßig auf dem Instanzenwege zugegangenen Brief die beleidigenden Ausdrücke entfernt und das Schreiben dem Oberkommandierenden der Rheinarmee vorgelegt. Nach Ansicht der Anklagebehörde sollen sich in dem Brief aber noch einige Ausdrücke befinden haben, die als ungebührliches Verhalten unter Anklage gestellt wurden. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich einer beleidigenden bzw. ungebührlichen Haltung gegenüber der französi-

schen Befehlshaberbehörde schuldig gemacht zu haben. Der Militärstaatsanwalt beantragte 1000 M. Geldstrafe, der Verteidiger Freisprechung.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil ein subjektives Verschulden bzw. beleidigende Absicht nicht vorliege.

Zur die Revision des Friedensvertrages

Eine Rede Aquiths

Der frühere englische Premierminister Aquith hielt vor Gesandten der Londoner City eine längere Rede, in der er sich mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage beschäftigte und vor allem hervorhob, daß jeder wirkliche wirtschaftliche Wiederaufbau unmöglich sei, bevor die Fragen der Reparationen und interalliierten Schulden endgültig geregelt seien. Er erklärte, daß die Arbeitslosigkeit in noch nicht dagewesener Höhe fortbestehe. Sie koste dem Staat im gegenwärtigen Augenblick unmittelbar etwa zwei Millionen Pfund Sterling in der Woche und mittelbar eine unberechenbare weitere Zahl von Millionen. Der wahre Grund der herrschenden Erwerbslosigkeit und des Niederganges des internationalen Handels Englands sei, daß andere Nationen nicht in der Lage seien, unter Bedingungen zu laufen, unter denen England verkaufen könne und umgekehrt. Der industrielle und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands habe verhängnisvolle Folgen zeitigen müssen. Unglücklicherweise sei die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues des hungernden Europas fast die letzte Sorge der Staatsmänner und Diplomaten in Versailles und Paris gewesen, die sich mehr damit beschäftigten, die Weltkarte neu zu zeichnen und in großem Maße imaginäre Reparationen festzusetzen.

Auf den Waffenstillstand und den Friedensvertrag, die den Frieden für die erschöpfte Welt hätten sichern müssen, sei unmittelbar der neue Tarifkrieg gefolgt, in dem Frankreich, Spanien, Italien und Teile des früheren Oesterreich-Ungarns und Rußlands sowie Jugoslawiens sich eifrig mit der Errichtung von Tarifmauern beschäftigten. Die wilden Schwankungen der Wechselkurse seien nur Symptome und Folgen, nicht die Ursache der wirtschaftlichen Unordnung.

Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hätten nicht weniger als zehn europäische Konferenzen über die Reparationsfrage stattgefunden, die vor kurzem in dem Saal von Cannes gipfelten. Jede der Konferenzen sei damit beschäftigt gewesen, das Werk der vorherigen Konferenz abzuändern oder ungültig zu machen. Was die Welt, was die Geschäftswelt wolle, sei Gemüths- und Endgültigkeit. Diese werde man nicht erhalten, wenn man nicht ein für allemal im Sinne der Tatsachen die unmöglichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages abändere. (Beifall.)

Es sei keine Frage der Mitleid gegen Deutschland, sondern eine Frage des eigenen Interesses für eine Anzahl von Staaten, die den Wohlstand Europas nur neu schaffen könnten, wenn sie die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit voll anerkennen. (Beifall.) Eine wirkliche dauernde Wiederherstellung könne nicht stattfinden, bevor sich nicht die großen und kleinen Nationen bereit zeigten, das Erbe, das der Krieg zurückließ, und das alle gemeinsam tragen müßten, mutig auf sich zu nehmen.

Internationale sozialistische Kampffront

Die deutsche Sozialdemokratie Tschechoslowakiens stimmt zu

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik hat in seiner Sitzung am 18. Januar die Mitteilung des Bureaus der Internationalen Arbeitergemeinschaft, wonach die Vertretung der I. A. S. P. beauftragt wurde, den Exekutivrat der Sozialen und der kommunistischen Internationalen den Vorschlag zu unterbreiten, an der Vorbereitung einer allgemeinen internationalen Sozialistenkonferenz im Frühjahr 1922 mitzuwirken, freundlich begrüßt.

Der Vollzugsausschuß hofft, daß dieser nach seiner Ueberzeugung zweckmäßige Versuch einer Verständigung zur Herstellung der internationalen Kampffront des Proletariates gelingen wird. Die großen wirtschaftlichen und politischen Ereignisse der jüngsten Zeit welen mit zwingender Gewalt auf die Notwendigkeit des internationalen Zusammenchlusses aller Parteien, deren Ziel die Ueberwindung des Kapitalismus durch die internationale Aktion des Proletariates ist. Es scheint in allen Lagern des sozialistischen Proletariates auch die Erkenntnis für die Schaffung der Internationale so weit gereift zu sein, daß dieser Versuch Erfolg verspricht.

Der Vollzugsausschuß beschloß, namens der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik dem Beschlusse des Bureaus der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien grundsätzlich zuzustimmen.

Ein neuer Hilferuf Ransens

D. E. Moskau, 20. Januar.

Der Vertreter Ransens in Moskau telegraphierte nach Genf, daß nach den letzten Angaben die Bevölkerung des Hungergebietes insgesamt 33 Millionen betrage von denen 19 Millionen vom Hungertode betroffen seien. Zum 1. Januar speiste die I. R. A. 800 000 Kinder, die anderen Hilfsorganisationen 375 000 Kinder und Erwachsene. Die Sowjetregierung 2 185 000 Personen. Zwar wird die I. R. A. in Zukunft noch weitere 6 200 000 Personen ernähren, so daß die Gesamtzahl der Verpflegten 9 560 000 sein wird; die übrigen nahezu 10 Millionen sind jedoch dem Hungertode preisgegeben, wenn ihnen nicht schleunig gemeinsame Hilfe der europäischen Staaten zuteil wird. Auch das Präsidium der sowjetischen Hilfskommission stellt fest, daß das Hungerelend sich ständig vergrößere. Die Hilfe, welche bei weitem nicht ausreicht, dabei hätten sich die Spenden in letzter Zeit noch bedeutend verringert.

Protest der Steuerbeamten. Der Bund deutscher Reichssteuerbeamten veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: „Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat auf dem Vortrage des Zentrums u. a. ausgeführt, daß die Steuerbeamtenpflicht, die teilweise nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehe, qualitativ erheblich verbessert werden müsse. — Wenn es zu bessern galt, so war es vor allen Dingen die Qualität der in diesem höchst unklaren Steuergesetze, die oft erst nach mehrfacher Auflage brauchbar wurden und in einer Flut unaufrichtiger, nicht immer glücklicher Erlasse kommentiert werden mußten, so daß jede praktische Arbeit auf das äußerste erschwert und gehemmt wurde. Das Publikum, das sich in dem Gewirre fortwährend geänderter Vorschriften erst recht nicht auskennt, belagert die Finanzämter und nimmt dem Beamten einen großen Teil seiner Arbeitszeit, die mit dem Ausfüllen der meist viel zu spät herausgebrachten, rielenhaft ausgebeugten Frageformulare verbracht wird.“

Französisches Kapital in der polnischen Industrie. Wie der Krakauer „Goniec“ berichtet, hat sich die Beteiligung französischer Kapitals an der polnischen Industrie vervielfacht. In Galizien ist die Beteiligung französischen Kapitals erst nach dem Kriege eingetreten, und zwar ausschließlich in der Textilindustrie. In Kongress-Polen dagegen war französisches Kapital schon zu zaristischen Zeiten sehr stark in fast allen Industriezweigen beteiligt, so in der Metallindustrie, in der Textilindustrie von Lodz und Umgebung. In der polnischen Textilindustrie sind gegenwärtig 75 Millionen französische Franken oder nach dem gegenwärtigen Kurs mehr als 15 Milliarden polnische Mark investiert.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen Großbritannien betrug am 19. Januar 1 883 459 gegen 1 885 743 am 30. Dezember 1921. Die Höchstzahl im Juni 1921 war 2 177 899.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die am Freitag angelegte Geschäftsleitungsfeier konnte wegen besonderer Umstände nicht abgehalten werden, und findet die Sitzung deshalb heute, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, im Verbandsbureau, Breite Straße 8/9, statt.

Die Geschäftsleitung.

Verbands-Bildungskommission

heute, Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breitestraße 8-9. Konferenz. Genosse Seidel spricht über: Die Volkshochschule Groß-Berlin. Alle Mitglieder der Bildungskommissionen müssen erscheinen.

5. Vermittlungsbeirat, 15., 16., 17. Sitzung. Zum 1. Kammermusikabend (Hahn und Vogel) in der Aula Kopenplatz, 20. sind Billets noch an der Abendkasse zu haben.

Sonnabend, 21. Januar

12. Verwaltungsbereich, 8 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission, Stadt- und Bezirksverordneten, Rathaus Steglitz.
18. Verwaltungsbereich (Weißensee). Die im „Grünen Baum“ abendliche Sitzung findet nicht dort, sondern im Rathaus, Zimmer 21, statt.
Reinhold-Brick. Abends 7 Uhr Generalversammlung in der Aula Kaiser-Friedrich-Straße. Geschäftsbericht und Bericht vom Parteitag.

Montag, 23. Januar

4. Bezirk, Frauenabend bei Wierma, Villawirthe. Vortrag des Gen. Warm.
11. Bezirk, 7 1/2 Uhr Frauenabend im Gejüngel des Rajens des Reichswaldes.
12. Verwaltungsbereich, 8 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission, Stadt- und Bezirksverordneten, Rathaus Steglitz.
18. Verwaltungsbereich (Weißensee). Die im „Grünen Baum“ abendliche Sitzung findet nicht dort, sondern im Rathaus, Zimmer 21, statt.
Reinhold-Brick. Abends 7 Uhr Generalversammlung in der Aula Kaiser-Friedrich-Straße. Geschäftsbericht und Bericht vom Parteitag.

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postbesitzer für den Monat Februar 1922 zu vermeiden, bitten wir darum, das Abonnement sofort, spätestens aber bis zum 25. d. M., zu erneuern. Bestellungen nimmt jedes Postamt und jeder Briefträger entgegen. Bei verspäteter Neubestellung sind Verzögerungen in der Zustellung unvermeidlich und übernimmt dann die Post keine Verantwortung. Der Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Spandan, Frauenabend in der Raubermittelstraße, Saalplatz. Bericht von der Reichsfrauenkonferenz. Referent: Genossin Zungwig.

Dienstag, 24. Januar

18. Verwaltungsbereich, 8 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission, Stadt- und Bezirksverordneten, Rathaus Steglitz.
18. Verwaltungsbereich (Weißensee). Die im „Grünen Baum“ abendliche Sitzung findet nicht dort, sondern im Rathaus, Zimmer 21, statt.
Reinhold-Brick. Abends 7 Uhr Generalversammlung in der Aula Kaiser-Friedrich-Straße. Geschäftsbericht und Bericht vom Parteitag.

Bereinskalendar

Sonnabend, 21. Januar

6. S. J.-Zentral. Der Wohnungsabend des Gefangenen fällt heute aus.

Sonntag, 22. Januar

Verband der Seiler, Tapezierer und Portier. Form 19 Uhr Verammlung der Reichsfrauenkonferenz bei Koeber, Weberstr. 17. Hierzu sind auch alle in der Lederwarenindustrie tätigen Handwerker geladen. Bericht von den Verhandlungen in Eisenach.

Veranstaltung der Freunde von Nefflein und Bitterleben. Nachm. 6 Uhr spricht in der Dreieckshalle, Charlottenburg, Karl-August-Platz, Herr Professor Meier über das Thema: „Religion und die Frauen“.

Gen. Prolet. Jugend Neukölln-Bez. Form. 19 Uhr Treffen zur Besichtigung des Museums für Völkerverständnis am Bahnhof Neukölln.
Freizeitliche Gemeinde. Form. 11 Uhr im Rathaus, Schillingstraße. Vortrag des Herrn F. Kogal: „Wie Welt wurde und verlor“. Harmonium: Herr F. Kogal.
Vokal-Ensemble. Form. 11 Uhr, Vortrag des Herrn E. Kämpel: „Die neue preussische Landesfeier“. Gäste willkommen.

Montag, 23. Januar

Zentralverband der Kunstler. Gedächtnisabend. Abends 7 Uhr Mit gliedereremmlung in den Mollersteinen, Koller-Wilhelm-Str. 21.
Deutscher Arbeiter-Verband. Abends 8 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Sankt 4. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Mittwoch, 25. Januar

Deutscher Arbeiter-Verband. Besuche der Bundestage. 8 Uhr Verammlung für Entree, 8 Uhr für Debit in den Kaminhallen (Hag und Moritz-Saal), Kom mendantenstr. 18-20. Bericht über Lohnverhandlungen. Der Vorstand.

Arbeiter Sport

Arbeiter-Sportverein Groß-Berlin. Am Sonntag, den 22. Januar, nach mittags 1 1/2 Uhr, nach Pankow, Dorfstr. 10.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigelegt ist. Das gleiche gilt für Entlohnungen aus dem Verlagsvertrieb.

Verantwortlich für Politik und Realitäten: Leo Liebknecht, Berlin-Friedenau für Kommunalpolitik, Lokales und Gemeindefragen: A. Jenschel, Berlin für den Inhaltsteil und geschäftliche Mitteilungen: Rudolf Komeriner, Berlin - Verlagsvertrieb: „Freiheit“, e. G. m. b. H. Berlin - Druck bei Berliner Druckerei e. m. b. H. Berlin S. 2. Breite Straße 8-9

Theater u. Vergnügungen

- Volksbühne: 7 1/2 Uhr: Lieber die Kraft (1. Teil)
Neues Volksbühnen-Theater: 7 1/2 Uhr: Heudler
Staatstheater: 7 1/2 Uhr: Die Vögel
Denkmaltheater: 7 1/2 Uhr: Ein Trauerspiel
Anatol: 7 1/2 Uhr: Anatol
Großes Schauspielhaus: 7 1/2 Uhr: Orpheus u. Eurydike
Theater d. d. Königl. Oper: 7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Komödienhaus: 7 1/2 Uhr: Karussell
Berliner Theater: 7 1/2 Uhr: Prinzessin Olala
Romische Oper: 7 1/2 Uhr: Die große Ausstattung
Wallner-Theater: 7 1/2 Uhr: Spinfantönigin
Residenz-Theater: 7 1/2 Uhr: Das weiße Land

UFA-PALAST AM ZOO
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr
Kinder der Finsternis
ZWEITER TEIL:
Kämpfende Welten
Regie E. A. Dupont
Ausstattung Paul Leni
mit Hans Mierendorf, Grit Hegress, Marija Leyko, Adele Sondrock, Friedrich Kühne
Außerdem:
Chaplin, der Sträfling

Circus Busch
Sonnabend, den 21. Januar 1922
Bockbierfest
Gr. Alpenball
8 Kapellen
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-14
Heute
Sonnabend, den 21. Januar 1922
Bockbierfest
Gr. Alpenball
8 Kapellen
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54 / Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833-834
Sonntag, den 22. Januar 1922, vorm. 10 Uhr
in der Schulaula Kopenplatz 12
Versammlung
aller im Tiefbau beschäftigten Metallarbeiter
Montag, den 23. Januar 1922, abends 7 Uhr
im Saale der Schultheiße-Deumetz-Hofenstraße 22-31
Versammlung
sämtlicher Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes (Vertrauensleute, Betriebsräte, Mitglieder der Verwaltungen)
Tagesordnung:
Reparaturen, Steuern und Erfassung der Sachwerte
Referent:
Robert Dymann (Stuttgart) Vorsitzender des DMB.
Jeder Funktionär unseres Verbandes ist verpflichtet, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kollegen in den Betrieben werden ersucht, von ihren Funktionären einen Bericht zu verlangen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:
Der Kollege
Albert Schady
am 12. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. Mts., nachmittags 7 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Maximalkrankenhauses Berlin, Ostendestraße, aus statt.
Der Erbscheider
Georg Karbe
am 6. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. Mts., nachmittags 11 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Knippen-Richters in Buch aus statt.
Ehre Ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Möbel
noch zu billigen Preisen
so lange Vorrat reicht.
Par. od. Teilzahlung
bei kleinsten Ab- u. Abzahlungen
Bürgerliche
Wohnungseinrichtung.
Webstühle / Schreibstühle
Speisezimmer / Schlafzimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefers auch nach ausw.
Lagerungskosten!
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderbr.
Pillate 47-48
5 Min. v. Alexanderbr.
Kupferkern, Holz-
besten möglichen.
Papier-
gelbes 12.

Platin, Gold- u. Silberbruch
Nahgebiß - Uhren - Kollern - Ringe
sowie sämtl. Altmetalle
Roseneck
Berlin O, Schreinerstr. 32.
Auf Teilzahlung.
Armeenistolen
Messer 7-8 Knives zu
höchsten Preisen oder
sachliche gegen neue
6.37 oder 7.65
Waffenfrankonia
Würgburg, Bayern
Beißfeldstecher
Seitnassen
Garderober
auf bequemste
Teilzahlung
HERREN-DAMEN-
Anzüge Cutaways Patofots, Kostüme
Paletots, Ulster, Röcke, Kleider
REGENMANTEL
BURSCHEN-ANZÜGE
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67.

Metalle
zu höchsten Tagespreisen
kauft laufend
Charlottenb. Wehlfeldstr. 10
Installationsgeschäft
Wilk 702
Pelzwaren-Haus
A. Klass & Co.
Rosenthaler Straße 40-41
Briefwechsel
zwischen Schiller u. Lotte
— Schiller und Goethe
302 Seiten stark und gut gebunden je 8.— Mk.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin E. 2, Breite Straße 8-9

Franz Reinsch
Eidlich bemüht, für die Interessen der Kasse sowohl als die für die der Kassenmitglieder einzutreten, war er uns ein lieber, pflichttreuer Mitarbeiter, dessen Tod uns auf das allerjämmerlichste trifft.
Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Charlottenburg, 20. Jan. 1922.
Vorstand und Verwaltung
der Allg. Ortskrankenkasse
f. d. Stadtkreis Charlottenburg

Aus schneiden!
Wahrscheinlich Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit den
Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Genosse“
zum Preise von Mk. 21.— monatlich, Mk. 10.50 halbmönatlich
bei freier Zustellung ins Haus
Name:
Str.
Ort:
Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin E. 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

Garderober
auf bequemste
Teilzahlung
HERREN-DAMEN-
Anzüge Cutaways Patofots, Kostüme
Paletots, Ulster, Röcke, Kleider
REGENMANTEL
BURSCHEN-ANZÜGE
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67.

G. SINOWJEW
Alte Ziele - Neue Wege
(Über die proletarische Einheitsfront)
Die Taktik
d. Kommunistisch. Internationalen
(Stückelt auf die Arbeiter des
III. Weltkongresses der K. I.)
INHALT: Vor einer neuen Welle
Um die Frage der Einheitsfront / Der
Stand der Frage in den verschiedenen
Ländern / Auf die Gefahren achten
31 selten Preis brosch. 2.— Mark
— Für Organisationen 1.50 Mark —
INHALT: Die allgemeine Linie der K.I.
Die rechten und die linken Tendenzen
Deutschland / Italien / Frankreich
Tschechoslowakei / Schlussfolgerungen
77 Seiten Preis brosch. 5.— Mark
— Für Organisationen 3.50 Mark —
Verlag: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley / Hamburg

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u.
Abonnement
M. 4 20
Hauptexpedition
E. 2, Breite Straße 8-9
Expedition Wuyky
Choriner Straße 68
Tour: Veep, Vofig, Gartenstraße
Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
Expedition Sinner
Skaliger Straße 101
Expedition Gliche
Pankstraße 60 (Laden)
Expedition Kolbe
D, Weberstraße 25
Expedition Franke
Genter Straße 34
Expedition Pohnann
Huffenstraße 43
Expedition Franzen
Wittstocker Straße 19
Expedition Wengels
D, Cadiner Straße 11
Expedition Spickermann
Pankow, Mühlenstr. 20

Großfeuer in der Sarotti-Fabrik

Einige Hundert Rauchvergiftungen

Ein Riesengebiet, wie es Berlin seit vielen Jahren nicht erlebt hat, brach am Freitag vormittag in der bekannten Schokoladenfabrik von Sarotti in Tempelhof aus. Nach den bisherigen Feststellungen scheint das Feuer in einem Keller ausgebrochen zu sein und an den dort lagernden Holzwohlen vorräten reiche Nahrung gefunden zu haben, so daß kurze Zeit danach sämtliche Treppen, Flure und Arbeitsräume verqualmt waren. Auf dem gleichen Wege und durch die Luftschächte breitete sich das Feuer in kurzer Zeit auf fast alle Teile der großen Fabrik aus. Weit über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die dort beschäftigt sind, waren dadurch sofort gefährdet, weil es nur den in den unteren Arbeitsräumen Beschäftigten gelang, die Räume ungefährdet zu verlassen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aus den oberen Räumen mußten durch die herbeigeeilte Feuerwehr mittels mechanischer Leitern und Rettungsschläuchen ins Freie gebracht werden. Infolge der starken Verqualmung war bei vielen schon Rauchvergiftung eingetreten. Diese mußten durch Rettungswagen den nächstgelegenen Unfallstationen zugeführt werden. Ärzten und Schwestern, die herbeigerufen worden waren, gelang es am Orte in einer Anzahl von Fällen, in denen die Rauchvergiftung noch nicht zu weit vorgeschritten war, helfend einzugreifen. Durch die notwendigen Hilfeleistungen für die gefährdeten Arbeiter mußte die Feuerbekämpfung zurückgestellt werden, so daß dadurch in kurzer Zeit der Brand auf die ganzen Fabrikanlagen ausgebrochen war und auch den in Neubau befindlichen Teil erfaßt hatte.

Mit unheimlicher Schnelligkeit verbreiteten sich die Flammen von dem Westflügel nach dem Mitteltrakt und dem Ostflügel. Anscheinend durch feinerlei Brandmauern getrennt, fand das Feuer an den ungeheuren Vorräten an den Arbeitstischen und Regalen reiche Nahrung. Um 1 Uhr mittags glich die gewaltige Fabrik einem einzigen Feuermeer. Fast sämtliche Fensterscheiben waren geplatzt, ein heftiger Sturmwind schobte die Flammen immer mehr an und trieb die ungeheure schwarze Rauchsäule nach Westen. Besonders aus den Stockwerken an der Nord- und Westfront, wo Zucker, Kognak, Liköre und Spiritus lagerten, schossen riesige Flammen hervor. In der zweiten Nachmittagsstunde mußten diejenigen Vöschmannschaften, die aus nächster Nähe Wassermassen in das Flammenmeer schleuderten, wegen Explosionsgefahr zurückgezogen werden. Bald darauf ereigneten sich kurz nacheinander zwei Explosionen, wahrscheinlich im Spirituslager. Jetzt sah man ein, daß die Fabrik verloren war. Von weiteren fruchtlosen Vöschversuchen wurde abgesehen und alle Anstrengungen darauf gerichtet, das Maschinengebiet an der Ostfront und die Benzintanks am Teltow-Kanal vor einem Uebergreifen des Feuers zu bewahren. Aus dem lichterloh brennenden Gebäude ertönte fortwährend das Krachen herabfallender Maschinenteile. Die Decken, die ebenso wie die ganze Fabrik aus Eisenbeton hergestellt sind, schienen zu halten, ebenso die großen gemauerten Bunker im dritten Stockwerk, in denen sich die Kakaobohnen befinden. Bis in die Abendstunden hinein hielt das Feuer in unverminderter Stärke an. Gegen 5 Uhr nachmittags gelang es an einigen Stellen der Ostfront, wo das Feuer infolge mangels an Nahrung ein wenig nachgelassen hatte, mittels Hakenleitern wieder in die Räume einzudringen und den Vöschangriff von hier aus von neuem aufzunehmen. Um 7 Uhr abends rückten zwei weitere Berliner Vöschzüge an die Brandstelle, um ihre völlig erschöpften Kameraden abzulösen.

Viele von den Arbeitern und Arbeiterinnen trugen Verletzungen davon, die vermieden worden wären, wenn man nicht kopflos nur auf die eigene Rettung bedacht gewesen wäre und dabei in überstürzter Hast die einfachsten Regeln der Ordnung außer acht gelassen hätte.

Mit B-Rohren, d. h. den stärksten Kalibern, wurde von den Berufswehren Wasser gegeben, ungeachtet des Frostes und

der Gefahren des schnellen Platzens der Schläuche. Dauern mußten welche ausgewechselt werden. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der mächtige vierstöckige Flügel der modern eingerichteten, erst vor acht Jahren neu erbauten großen Fabrik fast total ausbrannte.

Das Feuer war weithin sichtbar und hatte Tausende von Personen nach der Brandstelle am Teltow-Kanal gelockt.

Die Zahl der verletzten Personen konnte nicht ermittelt werden; es sollen indes die meisten Arbeiterinnen nur leicht verletzt sein.

Eine gründliche Untersuchung ist notwendig.

Wie berichtet wird, ist trotz der Ausdehnung des Brandes und der damit verbundenen Gefahr für viele Hunderte von Menschen eine Verstärkung der zuerst alarmierten Neuföhner, Tempelhofer und Mariendorfer Feuerwehr erst außerordentlich spät erschienen. Weiter sollen die für das Löchen eines Großfeuers notwendigen Hydranten völlig unzureichend gewesen sein. Böllig unsahbar aber erscheint es, daß in einem Großbetrieb mit so vielen Beschäftigten nicht Vorkehrungen getroffen sind, daß im Falle eines Brandes die in den oberen Räumen Arbeitenden ungefährdet die Arbeitsstellen verlassen können.

Unbegreiflich und in seiner Wirkung unverantwortlich ist das Verhalten der zuerst an der Brandstelle tätigen Tempelhofer Feuerwehr. Trotz aller Warnungen und Hinweise auf die Gefahren glaubte sie des Brandes Herr zu werden und ließ erst nach zwei Stunden, als schon alles zu spät war, die Berliner Feuerwehr benachrichtigen. Die Untersuchung wird ergeben, ob außer der zweifellos vorliegenden Fahrlässigkeit noch andere Ursachen vorhanden sind.

Die „Kaninchen-Anleihe“

Eine Berliner Kriegsschuld

Im Anschluß an die letzte öffentliche Stadtverordnetenversammlung fand eine geheime Sitzung statt, in der über eine Magistratsvorlage zur Aufnahme eines Guldendarlehens bei einer holländischen Bank beraten wurde. Dieses Darlehen in Höhe von 500 000 Gulden (nach deutschem Gelde 35 Millionen Mark) muß aufgenommen werden, um Deckung für eine im Kriege entstandene Schuld der Stadt Berlin zu schaffen. Die „Berliner Volkszeitung“ gibt über die Entstehung der Schuld folgende Darstellung:

„Als im Jahre 1917 die Lebensmittel in Berlin knapp wurden und besonders die Belieferung mit Fleisch versagte, entschloß sich der damalige Magistrat, geschlachtete Kaninchen aus Holland einzuführen, um der Bevölkerung einen unrationierten Fleischzuschuß bieten zu können. Da bare Mittel nicht zur Verfügung standen, wurde eine schwebende Schuld von 14 Millionen Gulden aufgenommen. Diese Schuld ist am 1. Februar 1922 fällig und muß jetzt nach dem Valutastand mit rund 100 Millionen Parviemart bezahlt werden. Angesichts des starken Rückgangs der Mark bedeutet die Rückzahlung des Darlehens eine außerordentliche Anforderung an die flüssigen Mittel der Stadt. Der größte Teil der erforderlichen Gulden ist zwar in den letzten Monaten beschafft worden, aber zu einem sehr hohen Preise. Der Berliner Magistrat hat nun versucht, ein langfristiges Darlehen in Guldengewährung aufzunehmen in der Erwartung, daß der Markkurs in der Zwischenzeit — es handelt sich um 30 bis 40 Jahre — steigen werde. Eine holländische Bank hat sich auch bereit erklärt, der Stadt Berlin ein Darlehen von 500 000 bis zu einer Million Gulden zu gewähren.“

Die Stadt Berlin muß als Sicherheit für dieses Darlehen den städtischen Steinschleibestich in Röhling verpfänden und außerdem noch 25 Millionen Stadtanleihe. Es müssen dann 6% Prozent Zinsen, 2% Prozent Stempelkosten und 1 Prozent Provision von der Gesamtsumme von 10 Millionen Gulden bezahlt werden.

Sollte von reaktionärer Seite der Versuch gemacht werden, diese Belastung der Stadt Berlin in der gegenwärtigen Finanznot als eine Folge der „sozialistischen Mißwirtschaft“ oder gar als ein Beispiel mißlungener städtischer Bewirtschaftung hinzustellen, so sei schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei diesem Geschäft um eines jener verantwortungslosen Manöver handelt, die zu dem sogenannten

Durchhalten unternommen wurden. Alle großen deutschen Städte, denen das Reich zu einem wesentlichen Teile die Sorge für die Ernährung der Bevölkerung während des Krieges aufgebürdet hat, haben jetzt unter diesen Folgen der deutschen Kriegspolitik zu leiden.

Berliner Arbeitslose in Bayern

Von der bayerischen Regierung wurde durch das Hauptarbeitsamt München von den Berliner Arbeitsnachweiser die Gestellung von ca. 50 Mann für die Jura-Arbeiten verlangt. Der Transport ging am 13. Januar mit einem besonders gestellten Wagen vom Anhalter Bahnhof mit einem Transportbegleiter ab. Der Transport traf Sonntag früh an Ort und Stelle ein. Nach telegraphischer Mitteilung des Hauptarbeitsamtes München, sind mit den Eingetroffenen Differenzen ausgebrochen. Sofort nach Erhalt dieser Nachricht wurden zwei Vertreter des Landesarbeitsamtes Berlin zur Sichtung an Ort und Stelle entsandt.

Die neue Spartassensatzung

Frühere Auffassungen über die Bestimmungen der neuen Spartassensatzung machen eine Aufklärung erforderlich. Immer noch wird angenommen, daß die alte Satzung die Abhebung bis fünf-hundert Mark ohne Kündigung gestattet und daß die Spartassensatzung jetzt nur zur sofortigen Zahlung von drei-hundert Mark verpflichtet sei. Tatsächlich konnten aber nach der alten Satzung innerhalb vier Wochen ohne vorherige Kündigung im ganzen nicht mehr als ein-hundert und fünfzig Mark zurückgefordert werden. Die neue Satzung verpflichtet die Spartasse zur sofortigen Zahlung von dreihundert Mark und verzinst gegen die meisten früheren Satzungen die Kündigungsfrist bei höheren Beträgen. Tatsächlich wurden jedoch früher, ebenso wie auch jetzt, Beträge in jeder Höhe ohne Einhaltung der Kündigungsfristen ausgezahlt.

Satzungsgemäß ist die Spartasse berechtigt, von dem ohne Einhaltung einer Kündigung zurückgeforderten, den Betrag von zwei-tausend Mark übersteigenden Einlagen eine Vergütung bis zu 4 v. H. zu beanspruchen. Das ist auch bei anderen Spartassen so üblich und ist berechtigt, weil die Kassen zur Kündigungsfreie Rückgewähr höherer Summen stets größere Geldsummen bereithalten muß und dadurch selbst Zinsverluste erleidet. Die allgemeine Herabsetzung des Zinsfußes hätte ferner die Einlagerung schwerer getroffen, als die neu eingeführte Belastung an der Kosten beim Jahresabschluss mit Spesen, die sich nach dem Zinsertrag stufen, von 50 v. H. bis 6 v. H. Die Mehrzahl der Sparrer bleibt dabei überhaupt frei, weil die Lastschrift erst bei Zinsbeträgen über zehn Mark einsetzt.

Veränderungen in unserer Rathausstrasse. Für den aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung ausgeschiedenen Genossen Karl Reid ist der Nachfolger auf der Stadtliste, Genosse Dr. Koenig, als Stadtverordneter eingetreten; ebenso für die Genossen Wehl, die nach erfolgter Bestätigung ihrer Wahl zur Stadträtin als Stadtverordnete ausscheidet, der Genosse Justus Braun.

Nachschau auf den Wochenmärkten. Auf Anordnung des Ministers für Handel und Gewerbe sind die Polizeibeamten angewiesen worden, gegen Händler, die auf Wochenmärkten Gegenstände feilbieten, welche nicht zu den Wochenmarktartikeln gehören, vorzugehen und Strafanzeige zu erstatten. — Wahrscheinlich erfolgt diese „Nachschau“ auf Drängen von Interessenten, die sich auf diese Weise von einer lästigen Konkurrenz befreien wollen. Die Polizei könnte auf den Wochenmärkten und in den Geschäften allerdings nach anderem „Nachschau“ halten, manchem Bäcker könnte man dann beikommen.

Kleine Mitteilungen. Die Kontoristin Anna M. wurde auf dem Heimwege nach ihrer Wohnung in der Kaiser-Friedrich-Strasse in Kolln von einem unbekannt gebliebenen Burschen angefallen und ihrer Handtasche mit 800 M. Inhalt beraubt. Außerdem besand sich der Diebstahl der Bertaubten in der Tasche. Der Gesamtschaden der Ueberfallenen beträgt 1200 Mark. — In der Nacht auf gestern gegen 1 1/2 Uhr verprügelte der Kellner Richard E. an der Ecke der Oranien- und Ludowik-Strasse seine Frau so sehr, daß diese — aus mehreren Kopf-wunden blutend — betäubungslos zu Boden sank. Um den Tätschlichkeiten ein Ende zu machen, mifchten sich der Arbeits-bursche Walter Sch. und der Kellner Paul L. in den Streit und es kam zu einer Prügelei, die in kurzer Zeit etwa 150 Neugierige anlockte. Schutzpolizei brachte die Kampfbühne schließlich auseinander und führte die drei Hauptbeteiligten zur Wache. Frau E. mußte wegen ihrer Verletzungen nach der Rettungsstelle in der Kommandantenstrasse geschafft werden. — Rein

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Herd. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(7. Fortsetzung)

Sie erschien im nachlässig übergeworfenen Kimono, mit roten Augen und ungeordnetem Haar. Da Réal in seiner Verblüffung gar nichts sagte, begann sie: „Ich gehe zu Papa.“ „Wann denn?“ lächelte Réal. Sie erwiderte: „Sobald ich gepackt habe.“ „Gepackt?“ „Selbstverständlich. Du kannst dir denken, daß nach allem, was vorgefallen ist...“ Réal dachte: „Aha, das ist es! Sie hat mich mit Yvonne gesehen. Eine dumme Geschichte...“ Dann schien ihm der Entschluß seiner Frau doch sonderbar. Diese Rolle des Opfers paßte so wenig zu ihrem starken Selbstgefühl... Ihn verlangte nach Klarheit. Weshalb plötzlich dieser folgen schwere Entschluß, ohne daß irgendeine Erklärung vorherging? Und seit wann wußte Melanie...? Berwirt fragte er: „Ist es denn schon seit langer Zeit, daß...?“ Frau Réal barg ihr Gesicht in ihrer linken Hand, an der ihr Trauring blühte, und antwortete: „Seit vier Monaten.“ „Verständnislos wiederholte er: „Seit vier Monaten?“ Sie antwortete nicht mehr und versank in einen Weintrampf, so daß ihre fleischigen, nur von dem dünnen Kimono bedeckten Schultern zitterten. Eine losgelöste Schleife hing auf ihre Stirn herab und begleitete rhythmisch ihr Schluchzen. Réal trat zu ihr: „Sag mal, Melanie, was erzählst du mir da eigentlich?“ Er zweifelte nun, daß sie ihn gesehen hatte, und nahm ein Mißverständnis an. Das fassungslose Weinen der reifen Frau erregte sein Mitleid. „Geh, weine doch nicht. Erzähle mir lieber ruhig, was vorgefallen ist.“ Sie hob ihr feuchtes und rotgeflecktes Gesicht und begann ihre Beichte:

„Coigny war immer sehr nett zu mir, seit er bei uns verkehrt. Ich habe nicht weiter auf ihn geachtet. Du weißt, ich bin eine anständige Frau...“

Ein Schluchzen unterbrach sie.

„Wenn du Julie besuchtest, war er oft bei mir. Und eines Tages — Jacques, verzeih mir — umarmte er mich, ich zerlor den Kopf... Und seither... komme ich zu ihm in die Rue Chaptal... dort, wo du mich abgefaßt hast... Ich kief in die Küche und versteckte mich... Ich fürchtete mich entsetzlich, ich glaubte, es sei schon der Kommissar... Ich war wie toll, ich wußte nicht, was anfangen. Ich weiß wohl, du wirst mir nie verzeihen. Ich gehe also zu Papa... Bei ihm werde ich abwarten, was du beschließt... Ich bin eine große Sünderin...“

Sie warf sich zu Boden und krümmte sich, wobei der Kimono materielle Kanten warf.

Réal dachte: „Wirklich, eine liebe Ehegattin! Dieses Frauenzimmer, das sich versteckte, das war... und der Verföhler, der Don Juan, das war Coigny! Ein reizendes Liebespaar!“

Dann sprach er scharf:

„Also, das ist... wirklich, ich bin... ich finde das heiter...“

Er fühlte sich in seinem Stolz gekränkt... von einem solchen Idioten gehört zu werden!

Und er verharrte stumm, regungslos, bedrückt durch die Schwere des Geschehnisses und von den verschiedensten Gefühlen bewegt.

Frau Réal hob den Kopf. Sie schien Gewalttätigkeiten zu erwarten. Selbst auf Schläge war sie gefaßt. Sie ersehnte sie beinahe. Ihre Gewissensbisse waren ehrlich. Nie zuvor hatte sie Réal betrogen. Die Sünde war ihr so neu, daß sie nach Sühne schmachtete.

Réal stand mit hängenden Armen vor ihr. Er war wie gelähmt, und unfähig zu denken. Endlich machte er eine Bewegung. Sie hob schnell den Arm, um ihr Gesicht zu schützen. Aber er sagte:

„Fürchte dich nicht, ich bin kein Röhling...“

Sie sah ihn an, überrascht über den ruhigen Ton, den er sich abzwang. Er schüttelte den Kopf, schloß die Augen und seufzte.

„Jacques“, sagte sie unsicher.

Seine eisige Kälte brachte sie aus dem Gleichgewicht. Sie wiederholte:

„Jacques...“

Er bliete gedankverloren ins Weite.

Sie erschrak bei dem Gedanken, von dem tragischen Zwischenfall ganz allein ernstlich betroffen zu werden. Sie raffte sich zusammen, glättete ihren Kimono, brachte ihre Schleife in Ordnung und schnouzte sich heftig. Endlich sang sie an:

„Nun, du sagst ja gar nichts... Sag' doch einen Ton...“

„Was sollte ich dir wohl sagen?“

Sie begegnete in den Augen ihres Mannes einem vernünftigen Mitleid, das kränkelnder war als eine Beleidigung. Er sah sie wie etwas ganz Fremdes an. Er prüfte sie, er verurteilte sie. Diese schweigende Verurteilung brachte sie außer sich.

„Im Grunde bist du an allem schuld.“

Sie hüllte sich mit großer Gebärde in ihr japanisches Gewand und sah ihn feindselig an.

„Ja, es ist deine Schuld. Du hast mich dir durch deine lächerlichen Unvorsichtigkeiten entfremdet. Ich hatte einen vernünftigen Menschen geheiratet. Du bist ein halber Narr geworden. Wie soll man unter solchen Umständen beisammen bleiben? Demnächst wird man dich ins Gefängnis jehen. Und was soll dann aus mir werden? Ich kann nur mit vernünftigen Menschen zusammenleben, nicht mit Verriäkten. Und ich bin eine Französin! Wenn du nicht geschickt genug warst, dir meine Treue zu bewahren, so ist das wieder nur deine Schuld. Ich habe es satt, versteht du, satt bis zum äußersten!“

Sie, die Schuldige, überhäufte ihn mit Vorwürfen! Trotz seiner Erregung freute sich Réal über die Eigenart der Lage.

„Und weißt du, was ich tun werde?“ schrie sie außer sich.

Er antwortete nicht. Was lag ihm daran, was sie zu tun gedachte? Sie zögerte nicht, ihm ihre Absicht geräuschvoll kund zu geben.

„Ich gehe fort! Ich gehe fort von hier! Morgen.“

Da öffnete er den Mund:

„Scheidung?“

Nach einer kleinen Pause des Nachdenkens stimmte er achselzuckend bei:

„Neinetwegen.“

Er ging aus dem Zimmer und ließ seine Frau sprachlos zurück. Sie begriff weder seinen Gleichmut, noch die Raschheit seines Entschlusses. Endlich kam sie zu dem Ergebnis:

„Er hat den Kopf verloren.“

Und da dieses ihr erstes Abenteuer sie noch nicht lebenslang gemacht hatte, schmeichelte sie sich:

„Wie glücklich wird Josef sein!“

(Fortsetzung folgt.)

Grundsätze der Kommunalpolitik

Beschlossen auf dem Parteitag der USPD. in Leipzig am 12. Januar 1922

A. Grundlagen der Gemeindeorganisation.

Erlaß einer Reichsgemeindeordnung. Einheitsverfassung für Stadt- und Landgemeinden. Schaffung von Großgemeinden nach wirtschaftlichen Zusammenhängen, entweder im Wege der Eingemeindung oder durch Zusammenfassung kleiner Ortsgemeinden zu Flächenkommunen. Verminderung der Zwischeninstanzen zwischen Gemeinde und Reich mit dem Ziel des Aufbaues der Verwaltung auf örtlichen und provinziellen Selbstverwaltungsebenen. Übertragung der örtlichen Gesetzgebung und Verwaltung einschließlich der Ortspolizei an die Gemeinde. Beschränkung der Staatsaufsicht auf Gehehridrigkeit im Wege gerichtlichen Einspruchs. Klagerrecht jedes Gemeindeangehörigen gegen gehehridrige Gemeindebeschlüsse. Abschaffung des Bestätigungsrechts. Reichsgemeindeabgabenordnung im Anschluß an die Ordnung der Reichsfinanzen.

B. Verfassung der Gemeinde.

Einkammersystem. Die Gemeindevertretung beschließt die Orts- und Landesverwaltung und ist leitende Verwaltungsinstanz. Befreiung der Wahlrecht einschränkenden Aufenthaltsbestimmungen. Straßlosigkeit der Neuwahlen der Gemeindevertreter in Ausübung des Amtes. Entschädigung für Gemeindevertreter.

Der kollegial organisierte Gemeindevorstand (Magistrat, Rat) führt die Verwaltung kraft Auftrages der Gemeindevertretung. Wahl der Vorstandsmitglieder, der leitenden Fachbeamten sowie der anderen Beamten in dem durch Ortsgesetz zu bestimmenden Umfange durch die Gemeindevertretung, der Vorstandsmitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Verbot lebenslänglicher Anstellung. Vereinfachung der Angelegenheitenverhältnisse für alle Gemeindebediensteten mit Gehaltsberechtigung und Fürsorge für Witwen und Waisen.

Aufstellung einheitlicher Grundpläne für die Gliederung der Verwaltung und des Haushaltsplanes. Trennung der öffentlichen Verwaltung von den nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führenden Betriebsverwaltungen. Organisation der öffentlichen Verwaltung nach Ämtern mit Gemeindeausschüssen an der Spitze. Übertragung politischer Befugnisse an die Ämter. Ermächtigung der Gemeinde, ihre Betriebe unter Wahrung des ausschließlichen Eigentums- und Bestimmungsrechtes der Gemeindeverwaltung anvertraut dem Gemeindevorstand zu stellen. Schaffung einer neuen Rechtsform für Gemeindebetriebe (Gemeindevirtschaftliche Unternehmung).

Jederzeitige Auflösung der Gemeindevertretung durch Volksentscheid. Volksbegehren und Volksentscheid über ortsgesetzlich zu bestimmende Gemeindeangelegenheiten.

C. Sonderforderungen.

1. Gemeindefortschritt. Reichskommunifizierungs-gesetz, das die Gemeinden und Zweckverbände von Nachbargemeinden zur Kommunifizierung ermächtigt. Die Kommunifizierung erfolgt durch Begründung des Rechts auf ausschließlichen Betrieb

eines Gewerbes (Gemeindegewerbe) oder durch Enteignung von Einzelunternehmungen (Enteignungsrecht). Sie betrifft insbesondere die Regelung der örtlichen Bedarfsversorgung (z. B. Gas, Wasser, Elektrizität, Lebensmittel- und Brennstoffversorgung örtliche Verkehrsmittel, Anschlag- und Inzeratenwesen, Baustoffe und Baustoffindustrie) oder die Förderung der Volkswirtschaft (z. B. Badewesen, Apotheken, Reinigungswesen, Bestattungswesen) oder die Pflege des Bildungswesens (z. B. Lichtspiele und Theater).

Organisatorischer Zusammenschluß der Gemeinden mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher insbesondere in der Lebensmittelversorgung. Errichtung von Wirtschaftsräten durch die Gemeinde.

2. Sozialkulturpolitik. Die örtliche allgemeine Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt, die Gesundheits- und Schulgesundheitspflege, der Ausbau des örtlichen Bildungs-, Erziehungs- und Schulwesens im Rahmen reichsgesetzlicher Ordnung ist Gemeindeangelegenheit. Ausgestaltung im Geiste sozialer Fürsorge unter Befreiung der polizeistatlichen Gesetzgebung, insbesondere im Armenwesen, in der Fürsorgeerziehung und der Sittenpolizei. Organisation von Pflegeämtern wie: Wohlfahrtsamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Schulamt und Volksbildungsamt auf Grundlage reichsgesetzlicher Regelung. Zuweisung bestimmter Aufgaben an jedes Amt mit der Maßgabe, daß diese Aufgaben nur die gesetzliche Mindestleistung darstellen und der freien Betätigung und Neuschöpfung Schranken nicht gesetzt sind.

Vereinigung des Vormundschaftsgerichts mit dem Jugendamt. Angliederung der Arbeitsgerichte und der Erwerbslosenfürsorge an das Arbeitsamt.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch das Gesundheitsamt. Verpflichtung der Gemeinden zur Errichtung von Bibliotheken, Verpflichtung der Gemeinden zur Errichtung von Krippen, Kindergärten, Schulkindergärten und Horten, von Spiel- und Sportplätzen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Lehr- und Lernmittelbeschaffung durch die Gemeinde.

3. Boden- und Wohnungspolitik. Reichsentlegungs-gesetz, das die Gemeinden zur Übernahme und zur Umlegung des im Ortsbezirk belegenen Grundigentums ermächtigt. Städtebaugesetz, das die Gemeinde zur Trägerin des Städtebaues macht (Siedlungsweesen, Bebauungsplan, Bauordnung), Reichswohnungsgesetz. Wohnungsbau durch die Gemeinde. Kommunifizierung der Grundbuchämter. Ermächtigung der Gemeinde zur Zusammenfassung der Hausbewohner zu Wohnungsgenossenschaften, die unter Gemeindeaufsicht die Häuser bewirtschaften. Anerkennung des Rechtes auf Wohnung. Umgestaltung der Mietverhältnisse. Zusammenfassung der Gemeinden mit dem Ziel der Erzielung des privatwirtschaftlichen Boden- und Wohnungsrechtes durch die gemeindevirtschaftliche Boden- und Wohnungsverwaltung der Gemeinde.

gesetztes. Doch wies Kollege Ragnitz unter dem Beifall der Versammlung die Vorwürfe auf ihr richtiges Maß zurück. Zustimmung fanden die Ausführungen des Kollegen Talle nur da, wo er sich gegen die Unterstützung der Erwerbslosen wehrte.

Hierauf wurde zur Wahl der Sektionsleitung geschritten. Ragnitz wurde als Sektionsleiter wiedergewählt.

Ergebnisse der Wahlen zur Angestelltenversicherung

Vom AFA-Bund wird uns mitgeteilt:

Wie zu erwarten war, ist der Allgemeine freie Angestellten (AFA) Bund bisher aus den Wahlen als stärkste Partei hervorgegangen. Nachdem jetzt aus 200 Orten, die sich auf Groß- und Kleinstädte wie auf alle Gegenden des Reiches verteilen, die Wahlergebnisse vorliegen, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß auch die weiteren Wahlen keine nennenswerte Verschiebung des Kräfteverhältnisses mehr ergeben werden.

Bis jetzt haben erhalten:

AFA-Bund 74 054, Deutschnatl. Handl.-Gehilf.-Verband 35 553, Vereinigte Frauenberufsverbände 17 756, Gewerkschaftsbund der Angestellten 43 736, Verschiedene Verbände 24 009 Stimmen.

Vertrauensmänner entfallen in diesen 200 Orten auf die einzelnen Listen wie folgt:

AFA-Bund 229 Vertrauensleute, 493 Erfahrente; D. S. B. 96 Vertrauensleute, 162 Erfahrente; Frauenverbände 10 Vertrauensleute, 40 Erfahrente; G. d. A. 107 Vertrauensleute, 204 Erfahrente; verschiedene Verbände 138 Vertrauensleute, 288 Erfahrente.

Bemerkenswert an diesen Resultaten ist, daß in diesen Klein- und Mittelstädten die Angestellten sich in besonders großer Maße zur freigewerkschaftlichen Bewegung bekannt haben; häufig sind weit mehr als die Hälfte aller Stimmen für die Listen des AFA-Bundes abgegeben worden.

Vergleichsvorschlag im Rohrlegergewerbe

Am 20. Januar fand in der „Union-Bräuerei“ in der Hasenheide eine Versammlung der Rohrleger, Helfer und Bauklemmer statt, die zu den Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Rohrlegergewerbe Stellung nahm. Die letzten Verhandlungen waren gescheitert, weil die Unternehmer nur 2,50 M. pro Stunde zulegen wollten. Auf Vorschlag des Bevollmächtigten Ulrich wurde das Reichsarbeitsministerium angerufen. Dieses vermittelte die Angelegenheit zur Verhandlung an den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin. Die Unternehmer weigerten sich, zu den ersten Verhandlungen zu erscheinen. Zu der zweiten Verhandlung wurden sie amtlich geladen. Hier wurde den Parteien folgender Vergleichsvorschlag unterbreitet: Auf die bisherigen Löhne wird ab 10. Januar bis einschließlich 9. März eine Zulage von 2,50 M. pro Stunde gezahlt. Da im Februar mit einer weiteren Steigerung der Lebenshaltung zu rechnen ist, sollen am 10. Februar Verhandlungen mit den Parteien wegen Gewährung einer Teuerungszulage ab 15. Februar stattfinden. Kommt innerhalb dreier Tage eine Verständigung nicht zustande, so ist der Schlichtungsausschuß mit derselben Besetzung anzurufen. Ferner wurde beschlossen, die Landzulage um weitere 2,50 M. zu erhöhen, das heißt, unter 6 Tagen von 35 M. auf 42,50 M. und über 6 Tagen von 30 auf 37,50 M. pro Tag. Die keine Landzulage bleibt bestehen. Die Versammlung stimmte diesem Vergleichsvorschlag gegen wenige Stimmen zu.

Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Vergleichsvorschlag nicht gedruckt, sondern in der Wochenbeilage der „Metallarbeiterzeitung“ veröffentlicht wird. Es empfiehlt sich, diese Bekanntmachung auszuscheiden.

Abbruch der Tarifverhandlungen im Zeitungsgewerbe

Der Arbeitgeberverband für das Groß-Berliner Zeitungsgewerbe hat den Angestellten für Januar eine 20proz. für Februar eine 25proz. Zulage auf die zur Zeit gezahlten Gehälter. Bei der Geringfügigkeit der letzteren ist dieses Zugeständnis absolut unzureichend. Die am 17. Januar im Schultheiß, Neue Jakobstraße, versammelten, im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten des Zeitungsgewerbes haben denn auch das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt. Sollte der angerufene Schlichtungsausschuß den Wünschen der Angestellten nicht in höherem Maße Rechnung tragen kann werden die Angestellten gezwungen sein, den Kampf um ihre Existenz mit allen gewerkschaftlichen Mitteln aufzunehmen.

Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel

Die Unternehmer haben den Abschluß des Lohnvertrages davon abhängig gemacht, daß auch gleichzeitig der Manteltarifvertrag anerkannt wird. Die Arbeitnehmer, denen auf Grund des Schlichtungsspruches ein halber freier Tag im Monat zugesprochen wurde, sollen nunmehr darauf verzichten.

Die Unternehmer haben dem Deutschen Transportarbeiter-Bund mitgeteilt, daß eine alleinige Annahme des Lohnabkommens von ihrer Seite nicht anerkannt wird und haben sich bereit erklärt, noch bis zum 26. d. M. die Erklärung der Arbeitnehmer zurückzustellen. An diesem Abend findet eine allgemeine Mitteilerversammlung der Handelshilfsarbeiter der Branche Einzelhandel im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt, die dann endgültig ihre Entscheidung treffen wird.

Der Lohnvertrag vom November 1921 für die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel ist vom 22. November 1921 ab für allgemein verbindlich erklärt worden. Tarifverträge sind im Deutschen Transportarbeiter-Bund, Engelauer 24/25, Gewerkschaftshaus, 2 Tr., Zimmer 33, zu haben.

Charlottenburg. Eine von der Charlottenburger Gewerkschaftskommission einberufene öffentliche Arbeitslosen-Versammlung fand am 19. Januar statt. Rohde von der Erwerbslosenzentrale sprach in sachlicher Form über die Bestimmungen des Referentenentwurfs über eine Arbeitslosenversicherung, die er kritisch zerstückelte, wobei er die Ansichten des AFA-Bundes über diese Gesetzesmacherei befürwortete. Auch die Verfassung des Berliner Magistrats, daß diejenigen, die über 13 resp. 20 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen haben, unterzog der Referent einer gebührenden Kritik. Er vertrat die Ansicht, daß die Verfügung schnellstens zurückgezogen werden muß.

In der Diskussion ergriffen einige Arbeitslose das Wort und schilderten die große Notlage, in der sie sich befinden. Die Gewerkschaften mühten alles anzuwenden, um den Arbeitslosen aus dieser Not herauszuhelfen.

Bauarbeiter Neutalun. Montag, den 23. Januar, abends 6 1/2 Uhr findet bei Kliems, im großen Saal, Hasenheide, die Mitgliederversammlung vom Bezirk Neutalun des Bauarbeiterverbandes statt. In diesem Abend werden die Neuwahlen der Bezirksleitung und der Delegierten zur Generalkonferenz vorgeschrieben. Alle Bauarbeiter, die an dem Bestand der gewerkschaftlichen Organisation ein Interesse haben und den Sonderbestimmungen der Kommunisten abgeneigt sind, sind verpflichtet, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Eisenbahner. Am Montag, den 23. Januar 1922, abends 7 Uhr, findet in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97, eine Versammlung aller im D. E. B. organisierten U. S. B. D. Eisenbahner statt. Die Delegierten zur Generalkonferenz sind hiermit besonders eingeladen. Genossen! In Anbetracht der Wichtigkeit ist es unbedingt Pflicht, zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch des D. E. B. und Parteibuch legitimieren. Gemahregelte Dreher der Lokomotivfabrik Hennsdorf. Die Kollegen werden ersucht, ihre Adresse an den Kollegen Hans Borsczko, Berlin, Bellermannstraße 33, einzusenden.

Unionistische Klassenkämpfer

Zur Bekämpfung des Bergarbeiter-Verbandes gibt die Zeitung der Gewerkschaften der Union ein Flugblatt heraus, welches von wütenden Verleumdungen strotzt. Unter anderem wird der Verband als „gelbe Sumpfpflanze“ beschimpft, die Führer werden als „gelbe Gefinnungsführer“ bezeichnet. Auch wird im Flugblatt gesagt: „Die Gewerkschaftsführer führen nur noch den Kampf nach links, weil die Union der Hand- und Kopfarbeiter den konsequenten Klassenkampf lehrt.“ Da sich eine Besprechung des Geschehens nicht lohnt und dieses nur deshalb in die Welt gesetzt wurde, um die Aufmerksamkeit von der unaufmerksamen Geschäftsführung dieser „Unionzeitung“ abzulenken, reagiert die „Bergarbeiter-Zeitung“ dementsprechend. Sie schreibt:

„Wie konsequent diese Führer den Klassenkampf lehren, dafür heute zur Abwechslung ein neues Beispiel. Bekannt ist unseren Lesern die bewusste Mißwirtschaft mit den Arbeitergeldern in der Geschäftsleitung der Union. Bekannt ist auch, daß diese Geschäftsleitung uns dreimal verklagt hat, die Klagen aber jedesmal, noch ehe sie uns zu Gesicht kamen, zurückgezogen wurden. Bekannt ist ferner, daß eine wegen Unterschlagung angestrengte Klage gegen ein Kontrollauschussmitglied der Union dann eingestellt wurde, als der Prozeß die Offenlegung der Geschäftsbücher erforderlich machte. Zu all diesen Taten schweigt die Geschäftsleitung und hat sich somit vor der Öffentlichkeit selbst das Schuldzeugnis ausgestellt. Anders sieht es dagegen innerhalb der Union aus. Dort gab es schimpfliche Auseinandersetzungen in den Sitzungen und Konferenzen. Von den Mitgliedern in die Enge getrieben und mit Finanzwurf bedroht, griff die Geschäftsleitung zu einem raffiniertem Trick. Sie behauptete, daß ihre Bücher von einem vereidigten Buchrevisor geprüft und in Ordnung befunden seien.“

Der Buchrevisor heißt, so sagt die „Bergarbeiter-Zeitung“ weiter, nach einem Rundschreiben der Unionleitung an ihre Funktionäre, Förstlich, und soll aus Berlin sein. Eine Erkundigung des Bergarbeiter-Verbandes ergab, daß es einen solchen vereidigten Buchrevisor gar nicht gibt und höchstens ein 18- bis 19-jähriger junger Mann, welcher auf dem Bureau „der Deutschen Revisionsgesellschaft“ beidseitig Buchrevisor m. b. S. Nebenarbeiten verrichtet hat, in Frage kommen kann. Damit ist der Unionleitung ein neuer Schwindel bewiesen. Unerschütterlich ist es, daß die Kontrollkommission diesen Schwindel deckt. So sehen die Schutzbediensteten der kommunistischen Presse und der „Reinlich-Westfälischen Zeitung“ aus. So sehen die Lehrer des konsequenten Klassenkampfes aus, mit solchem Pack muß man sich herumschlagen.

Jahresversammlung der Krankenkassenangestellten

Am Montag, den 16. Januar d. J., fand in den Arminköfen, Kommandantenstraße, eine Brancherversammlung der Krankenkassen-Angestellten statt.

Ragnitz gab den Jahresbericht, der eine Übersicht über die im Jahre 1921 geleistete Arbeit brachte. Sitzungen, Besprechungen, Konferenzen folgten im bunten Wechsel und überströmten die Zahl 100 bei weitem. Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag in den über das ganze Jahr sich hinziehenden Gehaltsbewegungen. Die Verhandlungen waren namentlich deswegen so kompliziert, weil die Stellungnahme der Gegenkontrahenten, des Verbandes der Krankenkassen, zum Sperrgesetz nicht völlig eindeutig war, sondern im Laufe der Verhandlung mehrfach wechselte. Dieser Wechsel mußte aber bei den einzuhaltenden tatsächlichen Maßnahmen der Verhandlungsleitung beachtet werden, weil diese Rücksicht nehmen mußte auf die Direktiven des Hauptvorstandes, die ebenfalls nicht als gradlinig bezeichnet werden konnten. Nachdem die Ausdehnung des Sperrgesetzes auch auf die Krankenkassenangestellten als unabwehrbar erwies, ging der ganze Kampf darauf hinaus, eine möglichst günstige Gruppierung für die Kollegen zu erreichen. Das ist im großen und ganzen auch geschehen, und es sind erhebliche Gehaltsausbesserungen erreicht worden.

Ein weiteres Tätigkeitsgebiet war die Arbeit innerhalb des Verbandes selbst, und hier ist es notwendig, daß die Beteiligung von Verursachern in den für die Gestaltung der Reichsbedienstetenordnung maßgebenden Körperkassen erreicht wird. Der Bericht wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Talle, der als einziger den Bericht kritisierte, vorwarf ein energisches Auftreten der Sektionsleitung in der Frage des Sperr-

Tag ohne tödliche Gasvergiftungen. Gestern morgen wurden die 35-jährige Gattin Agnes des Tischlermeisters L. und deren 14-jährige Tochter in der gemeinlichlichen Wohnung am Reichstagsufer besinnungslos infolge Gasvergiftung aufgefunden. Beide mußten nach der Charité gebracht werden. Es liegt offenbar ein Unglücksfall vor.

Ein überaus trauriges Menschenjoch entrollte sich gestern vor den Geschworenen des Landgerichts I in einer auf verurteilten Mord lautenden Anklage gegen den erblindeten früheren Kaufmann, jetzigen Korbflechter Rehr. Er war beschuldigt, versucht zu haben, sich und seine zwei Kinder durch Leuchtgas zu töten. Nach dem Tode seiner Frau war er gezwungen, mit seinen beiden Kindern nach Berlin überzusiedeln.

Eine mitleidige Seele nahm sich hier des Verzweifelten an, führte ihn in ihren Kreis und die Wirtschaft, bis sie durch eigene häusliche Sorgen gezwungen war, diese Fürsorge aufzugeben. Da packte ihn volle Verzweiflung und er beschloß, seinem elenden Dasein ein Ende zu machen, aber seine hilflosen beiden Kinder in das bessere Jenseits mitzunehmen. Eines Abends öffnete er den Gasgähnen und legte sich mit den Kindern nieder. Während die Kinder ohne Zwischenfall einschliefen, verfehlte das Einatmen des Gases bei ihm seine Wirkung und er nahm noch etwas Sublimat, um sein Ziel sicher zu erreichen. Am nächsten Morgen fand man den Vater mit seinen beiden Kindern zwar noch lebend, aber in einem traurigen Zustand vor. Sie wurden nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht und es gelang, sie am Leben zu erhalten. — Der Verteidiger R. A. Friß Schumann beantragte im Gegensatz zu den Ausführungen des Staatsanwalts, die Schuldfrage zu verneinen und hielt es für zweifellos, daß die Geschworenen nach Kenntnisnahme von dem überaus traurigen Geschick des Angeklagten überzeugt sein werden, daß dieser bei Ausführung seiner Verzweiflungstat nicht im Besitz freier Willensbestimmung gewesen ist. — Die Geschworenen verneinten auch die Schuldfrage, so daß der Angeklagte freigesprochen wurde.

Wegen Antrene zum Schwören der Reichstreuhandels-gesellschaft waren der Kaufmann Willi Ehrich aus Charlottenburg, der Kaufmann Theodor Burger und der Kaufmann Rudolf Schwarz angeklagt, während sich der Richtermeister Wilhelm Brenzlau und der Kommissionsrat Erich Bardehm wegen Hehlerei zu verantworten hatten. — Der Angeklagte Ehrich war als Angestellter der Reichstreuhandels-gesellschaft in dem früheren Artilleriebezirk in Spandau tätig gewesen. Als eines Tages der Angeklagte Brenzlau an ihn wegen des Ankaufs von Säden aus den Beständen der Reichstreuhandels-gesellschaft, welche den Verkauf des dort lagernden Reichseigentums regelt, an ihn herantrat, kam er auf den Gedanken eine kleine Schiebung vorzunehmen. Da er diese nicht allein ausführen konnte, wandte er sich an den jetzigen Mitangeklagten Burger, der bei der Brandenburgerischen Materialbeschaffungsgesellschaft (Bramabest) als Vertreter des 1. St. beurlaubten dritten Anzeigenden Schwarz tätig war. Ehrich verkaufte im Einverständnis mit Burger und des später zurückkehrenden Schwarz die Säde für ganze 2000 M. an Brenzlau, während selbst jeder 12 000 M. Provision, Ehrich außerdem eine Klubbesessergarnitur, von B. erhielt. Das Reich erhielt also 2000 M., während die Angestellten der Reichsstelle zusammen 36 000 M. Provision erhielten. Mehrere Kisten Scherens-fensterröhre, die offenbar auch noch veräußert werden sollten, wurden bei einem Fuhrherrn in der Miltstraße beschlagnahmt.

Die weiteren Ermittlungen führten zu der Vermutung, daß an den Schiebungen auch ein höherer Beamter der Reichstreuhandels-gesellschaft, nämlich ein ehemaliger hoher Offizier beteiligt gewesen sein müsse; näheres ließ sich jedoch nach dieser Richtung hin nicht feststellen.

Das Gericht kam zu einem außerordentlich milden Urteil und erkannte gegen Ehrich und Brenzlau auf je 5 Monate Gefängnis und 600 M. Geldstrafe, gegen Burger und Schwarz auf je 3 Monate Gefängnis und 400 M. Geldstrafe und gegen den dritten Angeklagten auf 2 Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Zur Beachtung für Kleingärtner. Mit der schließenden Winterzeit müssen auch die Winterarbeiten im Kleingarten beendet und Vorbereitungen für das Frühjahr getroffen werden. Rat und Auskunft in allen einschlägigen gärtnerischen Fragen erteilt unentgeltlich die Beratungsstelle für Kleingärtner beim Bezirksamt Neutalun. Die Beratungen finden Dienstags und Freitags von 5-6 Uhr im Gebäude der Neutaluner Sparkasse, Ganshofstraße 11/12, 2. Stockwerk, Zimmer 27. Auf besonderen Wunsch werden den einzelnen Kolonien und Vereinen Porträts über alle Wissensgebiete des Gartenbaues, wie Bodenbearbeitung, Art und Menge der Anwendung von Düngemitteln, Schädlingsbekämpfung, Kultur-anweisungen der verschiedensten Gewächse usw. gehalten.